

2009-10-06

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.09.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:40 Uhr  
**Sitzungsort:** Haus "Julie von Cohn-Oppenheim" Tornauer Straße 23 a,  
06842 Dessau-Roßlau

**Es fehlten entschuldigt:**

### **Fraktion der CDU**

Trocha, Harald

### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Stöbe, Karin

### **Fraktion der SPD**

Gebhardt, Udo

### **Fraktion der FDP**

Plettner, Ulrich Dr.

### **Verwaltung**

Raschpichler, Gerd Dr., Beigeordneter für  
Gesundheit, Sozia

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden eröffnet.

Der Beigeordnete für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur, Herr Dr. Raschpichler, wurde durch den Ausschussvorsitzenden aufgrund eines anderen Termins entschuldigt.

### **2. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Ladung zur Sitzung war form- und fristgemäß erfolgt. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

Der Ausschussvorsitzende kritisierte, dass die abwesenden Ausschussmitglieder keine Vertreter zur Sitzung geschickt hatten.

### **3. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Frau Paesold stellte im Auftrag von Herrn Dr. Raschpichler den Antrag auf Rederecht für Herrn Kauß. Herr Kauß, Leiter der Koordinierungsstelle Arbeit und Soziales, möchte sich vorstellen. Dies soll unter Tagesordnungspunkt 6 erfolgen.

Die Zustimmung des Ausschusses erfolgte. Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

### **4. Genehmigung der Niederschrift vom 23. Juni 2009**

Frau Andrich kritisierte, dass das angeforderte Material zur Sozialplanung nicht als Anlage dem Protokoll beigefügt war. Herr Dr. Raschpichler hatte zugesagt, die Unterlagen bereitzustellen. Frau Andrich betonte, sie möchte das Material umgehend erhalten.

Herr Busch hatte in der Ausschusssitzung am 23.06.2009 im TOP 6 nach der Begründung der Bindung Kommunal-Kombi und IHK gefragt. Er hatte um die Benennung der rechtlichen Grundlagen dafür gebeten. Diese Aussage fehlt ihm noch immer.

Die Niederschrift der Ausschusssitzung wurde den o. g. Ergänzungen einstimmig bestätigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

5:0:0

### **5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 23.06.2009 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

### **6. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten**

Frau Paesold informierte im Auftrag des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur zu folgenden Angelegenheiten:

- Das Dezernat V hat zur Erarbeitung eines regionalen Mietspiegels (Verantwortung Dezernat VI) soziale Aspekte und Schwerpunkte zum Inhalt eines qualifizierten regionalen Mietspiegels erarbeitet. Diese Anforderungen werden als Anlage der Niederschrift der Ausschusssitzung beigefügt werden.
- Vorbehaltlich des Beschlusses der Landesregierung zum Funktionalreformgesetz wird die Stadt Dessau-Roßlau ab dem 01.01.2010 die Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternteilzeitgesetz wahrnehmen. Diese Aufgabe wird dem Sozialamt zugeordnet.

Im Anschluss an diese Informationen stellte Herr Kauß sich und die Arbeit der Koordinierungsstelle Arbeit und Soziales vor:

- Stelle des Leiters der Koordinierungsstelle für Arbeit und Soziales wurde zum 01.09.2009 angetreten.
- Aufgaben der Koordinierungsstelle sind folgendermaßen festgelegt.
  - . Ansprechpartner für Träger außerhalb des Jobcenters; Vermittler zwischen Jobcenter und Träger unter Beachtung der städtischen Interessen
  - . Umsetzung von Förderprogrammen
- Freie Wohlfahrt, Zuschüsse an Vereine und Verbände gehören ebenfalls zum Aufgabengebiet der Koordinierungsstelle.
- Derzeit arbeitet die Koordinierungsstelle mit vier Mitarbeitern, zum Jahresende kommt noch ein Mitarbeiter dazu.
- Sitz der Koordinierungsstelle: Rathaus Dessau, Zimmer 186 – Telefon: 2041758

Herr Puttkammer:

Bedeutet das, dass fünf Mitarbeiter die Arbeiten koordinieren sollen, die jetzt als Einzelprogramme schon durchgeführt werden?

Herr Kauß:

Neben den bisherigen Programmen und deren Koordination ist auch vorgesehen, neue Programme zu eruieren und die Umsetzung in der Stadt Dessau-Roßlau zu prüfen. Des Weiteren soll die Qualität verbessert werden und die Beratungs- und Unterstützungsfunktion intensiviert werden.

Herr Busch:

Es gibt einen freien Träger, der 30 Maßnahmen mit hunderten Teilnehmern im Auftrag des Jobcenters durchführt. Es fragt sich bei wie vielen das städtische Interesse geprüft wurde. Es bleibt abzuwarten, ob durch die Koordinierungsstelle Arbeit und Soziales hier tatsächlich Einfluss genommen werden kann.

Herr Scholz informierte über viele Gespräche mit unterschiedlichen Personen anlässlich des Landesfamilientages. Er hörte viel Kritik an der Arbeit der Mitarbeiter des Jobcenters. Insbesondere kleinere Vereine, die durch ausschließlich Ehrenamtliche besetzt sind, sind mit den bürokratischen Hürden bei der Beantragung und Abrechnung von Marktersatzmaßnahmen überfordert.

Herr Kauß:

Genau für solche Fälle möchte die Koordinierungsstelle tätig werden. In solchem Fall bietet es sich beispielweise an, einen größeren etablierten Träger als Kooperationspartner zu gewinnen. Eine Vermittlung bzw. die Herstellung von Kontakten könnte durch die Koordinierungsstelle realisiert werden.

## 7. Vorstellung des Vereins VolksSolidarität 92 Dessau/Roßlau e. V. sowie der Leistungen der Sozialstation

Frau Böhme, Geschäftsbereichsleiterin, führte in Vertretung des Vorstandes zum Tagesordnungspunkt ein.

Der Verein ist seit 1991 tätig. Die Leitung wurde vorgestellt.

- Schwester Daniela Schmidt ist als Beauftragte für das Qualitätsmanagement verantwortlich für alles rund um die Pflege.  
Als neue Leistung wird ein kostenfreier Lehrgang Pflegekurs für pflegende Angehörige angeboten.
- Vier Ergotherapeuten sind in den beiden Einrichtungen tätig. Frau Jäckel berichtete, dass pro Haus zwei Ergotherapeuten beschäftigt sind. Insbesondere geht es um die Arbeit mit den Demenzkranken, dabei um die Pflege und Betreuung im kommunikativen Sinn.
- Weiterhin wurden vorgestellt die Mitarbeiterin Öffentlichkeitsarbeit, Frau Brüsehaber, und die Pflegedienstleiterin, Schwester Cornelia Zaruba.
- Schwester Heike Mülder, Leiterin Struktureinheit Innendienst Haus 1 (Haus Anneliese), ist zuständig für den SGB-XI- und SGB-V-Bereich und führt ein Team mit 16 Mitarbeiterinnen.  
Leiterin Innendienst im Haus 2 (Julie von Cohn-Oppenheim) ist Schwester Konstanze Bube.
- Frau Kern ist die Koordinatorin des Bereiches Essen auf Rädern; in Zusammenarbeit mit der Firma apetito erfolgt die Versorgung mit Essen auf Rädern im gesamten Stadtgebiet.
- Frau Tettlak fungiert als Betreuerin im sozialkulturellen Team im Haus 1. In enger Zusammenarbeit mit den Ergotherapeuten erfolgt die Betreuung der Bewohner in ihrer Freizeit. Im Haus 2 ist Frau Bianca Mülder als sozialkulturelle Betreuerin tätig.

Im Anschluss an die Vorstellung des Teams erfolgten Informationen mittels einer Power-Point-Präsentation zum geplanten Heimneubau. Herr Schuster vom Magdeburger Architekturbüro Planvision stellte das Projekt vor. Die Volkssolidarität 92 Dessau/Roßlau e. V. ist der Investor des Projektes und will am Standort Elballee zwischen Isar- und Allerstraße ein Pflegeheim mit 65 stationären Pflegeplätzen, vor allem für Demenzkranke, errichten. Diese 65 Plätze sollen sich in 5 Wohngruppen gliedern; weiterhin sind 8 Plätze in einer WG mit ambulanter Pflege sowie 10 Tagespflegeplätze vorgesehen.

Frau Böhme erläuterte, dass sich die Pflege bei Demenzkranken vor allem neben der Körperhygiene, die oft noch selbstständig verrichtet werden kann, auf die kommunikative Betreuung konzentriert. Es ist wichtig, mit den Menschen zu sprechen und ihnen in der Gemeinschaft eine Struktur zu geben. Diese Art der Betreuung von demenzkranken Menschen gibt es in der Stadt Dessau-Roßlau bisher nicht.

In unmittelbarer Nachbarschaft des Heimes ist die Errichtung einer Wohnanlage mit 27 barrierefreien Wohnungen geplant.  
Die derzeit kalkulierte Kaltmiete ist bei 330,- EUR für eine Zweiraumwohnung angesetzt.

Frau Scheer-Daniel wies darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Erklärung von Barcelona bei einem Neubau immer auf die Barrierefreiheit geachtet werden muss.

Frau Andrich:

Sowohl das Projekt als auch die Wohngegend sind toll. Das Problem ist, dass wir zunehmend Menschen haben, die auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Darum erscheint die kalkulierte Kaltmiete der Wohnungen problematisch.

Frau Böhme erklärte, dass die Frage der Mieten heute nicht beantwortet werden sollte, es geht in der Präsentation vor allem um das Heim. Es gibt noch niemanden, der sich in dieser Form der Demenzkranken annimmt.

Die für die Wohnungen kalkulierten Mieten hält der Verein nicht für problematisch. Die schon bestehenden beiden Häuser bleiben doch erhalten, hier sind die Mieten bezahlbar.

Frau Paesold

Im Rahmen des Verbraucherschutzgesetzes soll auch das Heimgesetz zum 01.10.2009 geändert werden und neu entstehende Wohnformen werden dann berücksichtigt. Somit kann nach Fertigstellung des Projektes und Inkrafttreten des Gesetzes ggf. die Diskussion über die Höhe der zu entrichtenden Entgelte fortgeführt werden.

Herr Dreibrodt fragte nach dem Konzept der Tagespflege.

Frau Böhme erläuterte, dass der Kunde stundenweise/tageweise in die Einrichtung gebracht werden kann.

Herr Puttkammer:

Wie viel Personalstellen entstehen mit der neuen Einrichtung.

Frau Böhme:

Es entstehen 35 Personalstellen.

## **8. Vorstellung der Tätigkeit der Integrationskoordinatorin**

Frau Paul, Integrationskoordinatorin, berichtete anhand einer Power-Point-Präsentation zum Tagesordnungspunkt:

- Tätigkeit als Integrationsbeauftragte wurde zum 01.01.2009 aufgenommen.
- Zur Ausgangssituation: Integrationsarbeit wird in Dessau-Roßlau mit viel Engagement und unter Einsatz nicht unerheblicher Ressourcen betrieben. Dieses Engagement ist unmittelbar an einzelne Personen geknüpft und durch persönliche Befindlichkeiten sowie eine einseitige Wahrnehmung von Akteursgruppen geprägt. Für eine strategische Steuerung von Integrationsarbeit waren bislang keine Ressourcen vor-

handen. Durch diesen Mangel entstanden Doppelarbeit sowie Reibungsverluste. Die Zusammenarbeit mit den Trägern erfolgte bei unspezifischer Förderung, ohne Festschreibung zu erbringender Leistungen.

- Bereits im April 2008 fand eine Initiativberatung Integration statt, an der der OB der Stadt Dessau-Roßlau, der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, lokale Träger, Verbände, Vereine und Initiativen sowie der Ausländerbeauftragte der Stadt Dessau-Roßlau teilnahmen. Das Ziel war die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in der Stadt – „Integration als Chance“. Als Ergebnis wurde beschlossen, die Initiierung eines Integrationsbeirates sowie die Integrationskoordinierung anzustreben.
- Integrationskoordinierung ist im Gegensatz zum Ausländerbeauftragten keine Interessenvertretung für EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund. Diese Stelle wird auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt durch das Land für einen Zeitraum von maximal fünf Jahren gefördert. Die Integrationskoordinierung ist als Stabstelle dem Beauftragtenbüro zugeordnet
- Aufgaben der Integrationskoordinatorin sind u. a.
  - . Aufbau und Pflege eines Netzwerkes mit lokalen Akteuren
  - . Erfassung, Koordinierung und Steuerung von Integrationsangeboten
  - . Erarbeitung, Weiterentwicklung und Umsetzung eines Integrationskonzeptes
  - . Mitwirkung an Maßnahmen anderer Organisationseinheiten der Kommune
  - . zentrale Kommunikationsstelle bei Integrationsfragen.
- Zu den bisherigen Arbeitsschwerpunkten der Tätigkeit der Integrationskoordinatorin zählen u. a. die Erarbeitung der Satzung des Integrationsbeirates Dessau-Roßlau, der Ausbau eines Netzwerkes als Kommunikationsplattform, die Koordinierung der Aufnahme irakischer Flüchtlinge, die fachliche Begleitung von Ausschüssen, die Begleitung individueller Integrationsprozesse sowie die Mitwirkung in lokalen Arbeitskreisen.

Herr Puttkammer fragte in der anschließenden Diskussion, wie damit umgegangen wird, dass bestimmte Probleme auf bestimmte Personen heruntergebrochen werden können. Er sieht auch viele Schnittpunkte in der Arbeit der Integrationskoordinatorin mit der Tätigkeit des Ausländerbeauftragten sowie der Gleichstellungsbeauftragten.

Frau Paul:

Ein Integrationsbeirat würde neben seiner beratenden Funktion, hier auch eine korrigierende Funktion nach außen wahrnehmen können. Die Schaffung einer Richtlinie „Integrationsarbeit“, wie auch in der Jugendarbeit und Kultur üblich, würde darüber hinaus einheitliche Bedingungen schaffen und gleichzeitig Klarheit über Förderbedingungen und Fördergegenstand bewirken. Der Aufgabenkatalog der Integrationskoordinierung beruht auf der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit im Land Sachsen-Anhalt und wurde in die Arbeitsplatzbeschreibung übernommen. Aus dem Arbeitsauftrag der Koordinierungsstelle heraus würden Beauftragentätigkeiten einen Interessenskonflikt bergen. Bei Schnittmengen erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeauftragten und der Gleichstellungsbeauftragten.

Frau Falkensteiner, Gleichstellungsbeauftragte, wies darauf hin, dass es bei ihrer Tätigkeit ja auch um die Gleichstellung von Männern und Frauen geht. Das betrifft auch die ausländischen Mitbürger innen und Mitbürger der Stadt.

Herr Schwierz erklärte, als Interessenvertreter der ausländischen Bürger im ständigen Kontakt mit Frau Paul zu sein.

Frau Andrich erfragte wie weit die Diskussion im Hauptausschuss zu den Beiräten vorgekommen ist.

Herr Dreibrod:

Wir haben keinen neuen Informationsstand. Das gefällt mir persönlich auch nicht, wie lange sich das hinzieht.

Frau Falkensteiner:

Es ist nicht hinderlich, an dem Thema Integrationssatzung weiter zu arbeiten, ohne dass die Integrationssatzung in der Hauptsatzung verankert ist. In Magdeburg wurde eine Integrationssatzung erstellt, ohne dass der Beirat in der Hauptsatzung verankert ist. Der Appell wurde an die Stadträte gerichtet, dass an der Satzung weiter gearbeitet werden sollte. Wichtig ist die Herstellung der Chancengleichheit für alle Akteure in der Stadt. Dies würden wir mit der Integrationssatzung erreichen.

Herr Puttkammer erklärte, dass er gegen die Verankerung des Beirates in der Hauptsatzung ist. Es müssen nicht noch viele Unterausschüsse zu den Ausschüssen gebildet werden.

Frau Andrich:

Welche Stellung beziehen die Beteiligten selbst? Frage nach der finanziellen Ausstattung des Beirates, kann das Koordinierungsbüro nicht selbst die Mittel verwalten und an die Akteure verteilen?

Frau Paul:

Aufgrund des fehlenden Kommunalwahlrechtes ist ein Beirat für 2/3 der Bürger mit Migrationshintergrund die einzige Form politischer Partizipation. Die Erarbeitung der Satzung des Beirates erfolgte in einem offenen Beteiligungsprozess der durch die starke Präsenz der Beteiligten geprägt war. Diese sprachen sich ausdrücklich für die Schaffung eines Beirates aus. Die vorliegende Satzung sieht vor, dass der Beirat im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Haushaltsmittel über eigene Mittel verfügen kann.

Frau Falkensteiner:

Im Beirat wären die Volksgruppen paritätisch je nach Anzahl der jeweiligen Personen vertreten. Dann würden alle gleiches Gehör finden.

Herr Puttkammer unterbreitete den Vorschlag, die Diskussion an dieser Stelle abzubrechen und mit in die Fraktionen zu nehmen.

Der Ausschussvorsitzende griff diesen Vorschlag auf. Es wird eine weitere Diskussion zur Thematik in den Fraktionen erfolgen.

Die Präsentation von Frau Paul wird als Anlage zur Niederschrift der Ausschusssitzung beigefügt.

## **11. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden um 18:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 21.10.09

---

Hans-Peter Dreibrod  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Ingrid Drosdzoll  
Schriftführerin